

Zur Einführung

Die Sorge der Regierenden, die real existierende parlamentarische Demokratie könne sich als hinderlich erweisen für die Bewältigung der europäischen Krise nach Maßgabe neoliberaler Austeritätspolitik, stellt den historischen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und bürgerlich-liberaler und sozialstaatlich verfasster Demokratie, wie er sich nach 1945 herauskristallisierte, zur Disposition. Die Politik müsse »heute mehr denn je auch mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden«, schrieb der ehemalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer, bereits um die Jahrtausendwende (in: *Die Zeit* v. 27.04.2000) und wies den Finanzmärkten eine »Wächterrolle« als quasi fünfter Gewalt zu. Ihm assistierte Angela Merkel, indem sie das Budgetrecht des Parlaments als *Mitbestimmungsrecht* deklarierte, das doch gefälligst »marktkonform« gehandhabt werden sollte.¹ »Hände falten, Goschen halten«, so drastisch beschrieb ein österreichischer Nationalratsabgeordneter die Konsequenzen für die Ausübung des Budgetrechts durch die Abgeordneten.

Die Degradierung der Parlamente bedeutet umgekehrt die Stunde der Exekutive, der Regierungen, der Finanzministerien, der Zentralbanken. Die Entkopplung von Demokratie und Kapitalismus vollzieht sich in den Institutionen der bürgerlichen Demokratie, unter Beibehaltung ihrer formalen Funktionsmechanismen. Colin Crouch hat dafür den Begriff »Postdemokratie« geprägt, andere, wie z.B. die Frankfurter Forschungsgruppe *Staatsprojekt Europa*, reformulieren Poulantzas' Theorie des Autoritären Etatismus; Domenico Losurdo bemüht in Abwandlung der Bonapartismustheorie von Marx den Begriff »Soft-Bonapartismus«. Das sind einige Beispiele dafür, dass Demokratietheorie und -kritik mittlerweile Hochkonjunktur haben.

Das klassische Argument für die repräsentative Demokratie stammt von Montesquieu. Er spricht sich gegen eine Demokratie als Selbstregierung des Demos aus. In großen Staaten seien allein gewählte Repräsentanten in der Lage, die Angelegenheiten des Gemeinwesens zu erörtern: »Das ist ihr großer Vorteil. Das Volk ist dazu durchaus nicht geeignet. Das ist eines der großen Gebrechen der Demokratie.«² Das Ideal repräsentativer Demokratie, ihre Legitimation, besteht darin, dass freie Repräsentanten erstens ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten (dadurch, dass sie gewählt sind) und zweitens in *allgemeiner* Übereinstimmung

1 Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=y4ClIBL-EKg> (Abruf: 20.10.2013).

2 Montesquieu: Vom Geist der Gesetze (1748), hier zit. nach Kreiner 2013, 217.

mit dem Volkswillen, d.h. mit dem Anspruch, dem *Gesamtinteresse* des Volkes zu dienen, den Staatswillen formen.

Gegenüber diesem legitimatorischen Zusammenhang hat Max Weber repräsentative Demokratie im Wesentlichen als ein optimales Instrument der Führerauslese, als »Führerdemokratie« verstanden (Weber 1980, 156f.). Legitimation erfolgt hier über das Charisma der Führer bzw. des Führers (Reichspräsident). Der legitimatorische Zusammenhang wird damit auf den Kopf gestellt: Der Führer fällt seine Entscheidungen aus ureigenster Überzeugung, muss sich aber dann – mit Hilfe des Parteiapparates (»Maschine«) – Gefolgschaft im Parlament und bei den Massen erkämpfen. Nicht die politische passive Masse gebiert aus sich heraus den Führer, sondern der politische Führer (er-)wirbt sich die Gefolgschaft und gewinnt durch Demagogie die Masse. Repräsentative Demokratie, Demagogie und charismatische Führerschaft gehören für Max Weber zusammen. Der Umschlag hin zu einem charismatischen Diktator ist diesem Zusammenhang immanent, Carl Schmitt hat diese Konsequenz gezogen.

Krise der Repräsentation heute

Wenn heute von einer Krise der Repräsentation gesprochen wird, so vor allem in Hinblick auf das Ideal der Repräsentation, in Bezug auf die mangelnde Anbindung an den sog. Volkswillen, der von verschiedensten Seiten reklamiert wird. Als Führerdemokratie, also »realistisch« gesehen im Sinne Max Webers, funktioniert sie durchaus, solange zumindest, wie in Deutschland, eine Volkspartei und eine halbe Volkspartei mit rund zwei Dritteln der Wählerstimmen das Sagen haben und als Staatsparteien fungieren können. Gleichwohl signalisieren die im Folgenden beschriebenen Phänomene krisenhafte Entwicklungen, die sowohl Legitimation als auch die Funktionsweise repräsentativer Demokratie betreffen.

Autoritäre Entdemokratisierung

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, beginnend mit dem Crash von 2007/2008, beschränkte sich keineswegs nur auf den ökonomischen Sektor, sondern zeigte sich auch als Krise des politischen Systems: Staaten am Rande des Staatsbankrotts, eine neoliberale, autoritär durchgesetzte Austeritätspolitik, gekennzeichnet auf europäischer Ebene u.a. durch Schuldenbremse und Fiskalpakt, hohe Arbeitslosigkeit – hier besonders bei der jungen Generation, zunehmende soziale Ungleichheit, verbunden mit Armut und Prekarisierung einerseits und andererseits einer Reichtumsvermehrung weniger, dokumentieren das politische Legitimationsproblem demokratisch-kapitalistischer Staaten. Hinzu kommen millionenfache Flüchtlingsbewegungen, weltweite ökologische Verwüstungen, soziale Auseinandersetzungen, das Aufkommen und die Etablierung rechter Parteien

(siehe u.a. die letzte Europawahl), das Erstarren des islamistischen Fundamentalismus und von nationalistischen Bewegungen, beide verbunden mit weltweit zunehmenden gewalttätigen Konflikten und Kriegen. Angesichts dessen ist zu fragen: Haben wir es mit einer globalen Krise in Ökonomie, Politik, Gesellschaft und Ökologie zu tun? Jedenfalls ist klar: »Die herrschende Produktionsweise und Politik können der Komplexität der Vielfachkrise nicht entsprechen.« (Demirović 2011, 78) Beide zeigen deutliche Schwächen, aber trotz gravierender Widersprüche und Legitimationsprobleme in Kapitalismus und politischer Repräsentation, bedeutet das nicht, dass der Kapitalismus kollabiert. Allerdings sind autoritäre Durchsetzungsformen der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik festzustellen. Ingo Stützle ist zuzustimmen wenn er bezüglich der Europäischen Union schreibt: »Die Funktionsfähigkeit von Staat und Kapitalismus wurde dank einer autoritären Entdemokratisierung gerettet [...].« (Stützle 2013, 348) Er meint damit eine »verstärkte, autoritär durchgesetzte Institutionalisierung neoliberaler Prinzipien« bezüglich Schuldenbremse und Fiskalpakt, Wettbewerbsfähigkeit und Lohnkürzungen, Privatisierung bislang öffentlicher Güter, Abbau sozialstaatlicher Standards und Schwächung der Gewerkschaften (vgl. ebd., 338).

Wachsende soziale Ungleichheit

Klassenverhältnisse, und damit soziale Ungleichheit, sind konstitutiv im Kapitalismus vorhanden. Tino Heim ist beizupflichten, wenn er schreibt, dass Ausbeutung und Reproduktion der Klassenverhältnisse mit ihren ungleichen Möglichkeiten als Ergebnis einer »sachlichen Logik« gesehen werden muss, das die »formelle Freiheit und Gleichheit« der Menschen voraussetzt. (Heim 2013, 457) Dieser Kapitalismus hat sich seit der Phase des Entstehens sicherlich in mancherlei Hinsicht verändert, nicht jedoch im Wesentlichen. Denn noch immer ist die Geldvermehrung der herrschende Zweck, für den gearbeitet wird. Auch an dem Kostenfaktor der menschlichen Arbeitskraft, negative Größe des kapitalistischen Produktionszwecks, hat sich nichts verändert. Oder nehmen wir die Produktivkraft der Arbeit als größte Quelle des materiellen Reichtums: Ihre ständige Weiterentwicklung findet statt, um Arbeitskräfte einzusparen und so Lohnkosten zu reduzieren. Ebenso gilt, dass Hungersnöte in der Welt und Reichtumsproduktion zwei Seiten einer Medaille sind. Max Weber beschrieb den Kapitalismus als »schicksalsvollste Macht unsres modernen Lebens«. (Weber 2009, 10) Er führte weiter treffend aus: »Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn, wenigstens als einzelnen, als faktisch unabänderliches Gehäuse, in dem er zu leben hat, gegeben ist.« Die Menschen würden auf eine »angepaßte Art der Lebensführung und Berufsauffassung« hin erzogen. (Ebd., 44) Ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass »die Beschleunigung ökonomischer und sozialer Prozesse ein konstitutives Moment kapitalistischer

Entwicklungsdynamik ist«. (Dörre 2009, 186) Der Neoliberalismus als Form des Kapitalismus hat nach der Krise des Fordismus die Klassen-, Macht- und Verteilungsverhältnisse zwar nicht neu geregelt, sie aber weiterentwickelt zugunsten der herrschenden Klassen. Zwei Beispiele: Die Hartz-Reformen haben die Ausweitung niedrig entlohnter, unsicherer Beschäftigungsverhältnisse massiv vorangetrieben, um so Standort- bzw. Wettbewerbsvorteile für das deutsche Kapital zu erreichen, was ja auch gelungen ist. Ähnlich die deutsche Steuerpolitik, die bewusst und gezielt Kapital vor Arbeit unterstützt und begünstigt. So ist in den letzten Jahren die durchschnittliche Unternehmenssteuer in der EU deutlich gesunken, in Deutschland zudem die Steuerlast auf Kapitaleinkommen und Spitzeneinkommen. Gleichzeitig ist ein Rückgang der Lohnquote in fast allen Industrieländern zu verzeichnen. (vgl. Kaufmann/Stützle 2014, 12ff.) Die Debatte um die immer größer werdende soziale Ungleichheit – national wie international – wird aktuell, nicht nur in europäischen und amerikanischen Feuilletons, durch das Buch des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty *Das Kapital im 21. Jahrhundert* neu entfacht. Anhand seiner Formel $r > g$ (wobei r für Kapitalrendite steht und g für Wirtschaftswachstum) argumentiert Piketty, dass die Rendite auf Kapital historisch gesehen wesentlich größer ist als das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Somit sind auch die Vermögen schneller gewachsen als die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung, sodass die soziale Ungleichheit zugenommen hat. »Tatsächlich ist die fundamentale Ungleichung $r > g$ ganz unbestreitbar eine historische Realität«. (Piketty 2014, 469) Er stellt fest, dass es »gar kein Verteilungsgleichgewicht mehr gibt, sobald der Abstand $r-g$ zwischen Kapitalrendite und Wachstumsrate eine gewisse Schwelle überschritten hat«. Der Unterschied zwischen »dem Gipfel der Verteilungshierarchie und dem Durchschnitt« nehme unbegrenzt zu, wobei allerdings das Sparverhalten bezüglich der Schwelle zu beachten sei. (Ebd., 486) Und in seiner empirischen Analyse von Daten aus 20 Ländern argumentiert er weiter: » $r > g$ – das heißt in gewisser Weise, dass die Vergangenheit sich anschickt, die Zukunft zu fressen. Die aus der Vergangenheit stammenden Reichtümer vermehren sich ohne Arbeit schneller als die Reichtümer, die durch Arbeit geschaffen und angespart werden können. Fast zwangsläufig verleiht das den in der Vergangenheit entstandenen Ungleichheiten und damit der Erbschaft ein dauerhaftes Übergewicht.« (Ebd., 502) Er kommt so für ihn folgerichtig zu der Forderung an die Politik, den Spitzensteuersatz massiv anzuheben: »Alles weist darauf hin, dass ein Satz von 80% für Einkommen von über 500.000 oder 1 Million Dollar dem amerikanischen Wachstum nicht nur nicht schaden, sondern ihm Auftrieb geben und zu einer spürbaren Eindämmung ökonomisch unfruchtbaren (ja schädlichen) ökonomischen Verhaltens führen könnte«. (Ebd., 692) Ob das Buch, das besonders in den Vereinigten Staaten für erhebliches Aufsehen sorgt, eine neue und vielleicht sogar globale Gerechtigkeitsdebatte anstoßen wird, bleibt abzuwarten. Paul Krugman jedenfalls

ist überzeugt und geradezu euphorisch: »Dieses Buch wird unser Denken sowohl über die Gesellschaft als auch über die Ökonomie verändern«. (Krugman 2014, 73) Es bedarf allerdings des erheblichen Drucks sozialer Kämpfe auf die Politik, um ihr überhaupt Zugeständnisse bezüglich des Steuersystems abzurufen. Ansonsten bleibt die Debatte Teil der bürgerlich-kritischen Selbstreflexion. Soziale Ungleichheit wird so zwar zu einem immer deutlich werdenden Problem, bezüglich der Wirtschaftsordnung aber konstitutiv und politisch gewollt.

Soziale Bewegungen von links

Kritik am Kapitalismus hat es immer schon gegeben. In der heutigen Zeit ist hier sicherlich Attac, natürlich die weltweite Occupy-Bewegung, aktuell auch Blockupy, aber auch die »Empörten« in den verschiedenen europäischen Ländern zu nennen. Auch in Teilen der Gewerkschaften regt sich Kritik, was sich in Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie oder keynesianischen Maßnahmen ausdrückt. Andere Organisationen diskutieren verstärkt über »solidarische Ökonomie« und »Commons«. Die Krise des Kapitalismus und seine Folgeerscheinungen werden verstärkt im öffentlichen Diskurs behandelt und kritisiert. Dabei eint diese Bewegungen und Organisationen die nicht zu überschenden »Auswüchse«, wie z.B. die massiven Zuwächse aus Kapital-Einkommen im Gegensatz zur Armut, Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Perspektivlosigkeit, die Wut und Empörung deutlich werden lassen. Die Occupy-Bewegung hat das auf die Formel gebracht: »Wir sind die 99%«. Ein anderer Slogan von ihr lautet: »People over profit«. Es ist von »Entfesselung« und »Gier« die Rede, von »Turbokapitalismus« und »Raubtierkapitalismus«. Allerdings ergibt sich hierbei die Frage, inwieweit individuelle Verfehlungen (Gier der Banker) oder moralisierende Kritiken (wie erwähnt »Raubtierkapitalismus«) der Logik und den Strukturprinzipien des Kapitalismus entsprechen. Tino Heim beklagt in diesem Zusammenhang, dass »Analysen der gesellschaftlichen Funktions- und Wirkungszusammenhänge des Kapitalismus oder der aktuellen Krise« nur selten zu finden sind und »Verbalattacken« überwiegen. (Heim 2013, 18) Zu fragen ist auch: Wo soll das Maß für das Maßvolle und das Maßlose des Profits sein? Denn die Erzielung von Profit wird ja von den oben bezeichneten Kritiken nicht grundsätzlich angezweifelt. Es geht also hierbei im Wesentlichen um eine Regulierung und Zivilisierung eines ansonsten ordentlichen Wirtschaftssystems. Es gibt aber keinen »guten« oder »schlechten« Profit. Je größer die zurückfließende Geldsumme gegenüber der vorgeschossenen, desto besser. Das »Maßlose« ist ein Strukturprinzip des Kapitalismus und hier unterscheiden sich prinzipiell auch Finanz- und Realkapital nicht. Das Ziel eines jeden Kapitalisten ist es, seinen Konkurrenten überlegen zu sein, also eine höhere Kapitalvermehrung zu erzielen. Eine grundsätzliche Kritik am Kapitalismus ist zwar bei den oben genannten Bewegungen und Organisationen kaum vorhanden, zu sehen sind aber Bestrebungen,

die Demokratie auszubauen und zu erneuern, die Demokratie zu demokratisieren. Diesen wichtigen Schritt zeigen einige Protestbewegungen, Bürgerinitiativen und Organisationen der Selbstverwaltung. Es wäre arrogant, dies zu ignorieren. Trotz der bisherigen relativen Erfolgslosigkeit.

Rechtspopulismus

In der Krise von Demokratie und Kapitalismus zeigen sich aber auch andere Formen des politischen Protests, die im Allgemeinen als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Als rechtspopulistisch definiert Christoph Butterwegge »jene (Partei-)Organisationen, Strömungen und Bestrebungen [...], die den Dualismus von »Volk«, »Bevölkerung« bzw. »mündigen Bürgern« und »Elite«. »Staatsbürokratie« bzw. »politische Klasse« zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Agitation und Propaganda machen.« (Butterwegge 2011, 9) Die »populistische Basiserzählung« (Geden 2007, 8) gruppiert sich aber nicht nur um diese vertikale Achse (unten-oben, Volk vs. Elite), sondern auch um eine horizontale Freund-Feind-Achse, die zum einen scharf die Innen-Außen-Grenze markiert, den Feind, i.e. den Fremden, aber sowohl im Inneren als außen verortet, was die Bedrohungssituation für das »Wir« (Volk) zweifellos steigert. Im Kern handelt es sich hier um nichts anderes als um eine völkisch-nationalistische Konfiguration, die auf eine Ethnisierung des Sozialen zielt.

Hinzu kommt: Das »Volk« wird zwar als homogene Einheit im ethnischen Sinne betrachtet, mental ist es das aber nicht, sondern es zerfällt in disparate Teile, die erst zusammengefügt werden müssen. »Volk« ist Volk in statu nascendi, oder wie der jungkonservative Soziologe Hans Freyer (1887-1969) sagen würde: ein »Volk im Werden«; es bedarf der Führung durch eine Gegen-Elite, die gewissermaßen sich zum Repräsentanten und Interpreten des »wahren« Volkswillens aufschwingt. Zum Prozess der Volkwerdung gehört folglich auch eine »innerstaatliche Feinderklärung«, die sich gegen alle undeutschen (unfranzösischen, unbritischen etc.) »Elemente« richtet, die diesem Prozess entgegenstehen, allen voran die national unzuverlässigen Eliten und dann alle diejenigen, die sog. universalistischen Weltanschauungen anhängen.

Eine weitere Differenzierung betrifft die Oben-unten-Achse: Sie bildet, vereinfacht gesagt, soziale Dichotomien ab, anders allerdings als das zum Stereotyp gewordene Zwei-Klassen-Modell des *Kommunistischen Manifests*: Proletariat vs. Bourgeoisie, dazwischen die zwischen diesen beiden Polen hin- und herschwankenden Mittelschichten. In diesem Modell bilden die Mittelschichten sozusagen den »Sumpf« des Übergangs und der Unentschiedenheit. Anders dagegen im völkisch-nationalistischen (resp. populistischen) Modell. Hier ist die Mitte, das »Volk im Werden« positiv besetzt. Es sind die arbeitsamen, fleißigen, anständigen Deutschen des Mittelstandes, die von den Eliten um den Erfolg ihrer Arbeit betrogen werden. Die Eliten sind im Prinzip parasitär, Macht und Reichtum beruhen auf ei-

ner illegitimen Aneignung auf Kosten des Mittelstandes. Macht und Reichtum sind nicht durch eigene Arbeit erworben, sondern dadurch, dass sie entweder den Staatsapparat okkupiert haben und damit über gesellschaftliche Ressourcen (Steuern) verfügen oder aber das Geld für sich arbeiten lassen, unrechtmäßig Zinsgewinne einstecken (wie die Banker) oder, wie das international agierende Großkapital, auf Kosten der nationalen Wirtschaft sich bereichern. Kern dieses Antikapitalismus, der gleichzeitig einen >gebändigten< Kapitalismus bejaht, ist die Ideologie des Arbeitseigentums: produktiv ist nur derjenige, der durch eigene Arbeit (und durch Sparen) Reichtum erwirbt.

Parasitär sind in diesem Modell aber nicht nur die in diesem Sinne kritisierten Eliten, sondern auch diejenigen, die nicht arbeiten wollen oder – selbstverschuldet – nicht können. Die also auf der faulen Haut liegen, unverantwortlich viele Kinder in die Welt setzen und staatliche Hilfen verprassen, eben das Prekariat, so wie man es sich landläufig vorstellt. Diese Elemente bedürfen einer harten Hand (statt dass die Eliten sie alimentieren), sie müssen zur Arbeit erzogen werden, damit sie sich als volksdienlich erweisen können.

Die »populistische Basiserzählung«, insofern sie sich völkisch-nationalistischer Argumentationsmuster bedient, steht in engen ideologischen Verwandtschaftsbeziehungen zur extremen Rechten. Die Übergänge sind fließend. Christoph Butterwege verweist aber auf die strategische Differenz, wenn er betont, dass der Rechtspopulismus politisch agiert, »ohne militante Züge aufzuweisen und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele anzuwenden oder anzudrohen.« (Butterwege 2011, 9; Hervorh. d. Vf.) Der Rechtspopulismus, hierin ist Butterwege zuzustimmen, akzeptiert damit zunächst die Spielregeln der Demokratie, d.h. er betreibt keine Fundamentalopposition, will das »System« nicht abwickeln, sondern das System mit systemkonformen Mitteln gradualistisch, Schritt für Schritt verändern. Das bedeutet, dass die rechtspopulistische Kritik an der real existierenden Demokratie das Prinzip der Repräsentation nicht grundsätzlich in Frage stellt (durch das Plädoyer für mehr direkte Demokratie), sondern – wie Jan-Werner Müller betont – dahingehend kritisiert, »dass die Wähler falsch repräsentiert würden« (nämlich von der politischen Klasse). Weiter heißt es: »Diese Akzeptanz des Prinzips der Repräsentation ist durchaus kompatibel mit einem profunden Antiparlamentarismus«, nämlich soweit das Parlament »als Ort fauler Kompromisse« zwischen eigensüchtigen Parteien fungiere. »Denn wenn es um den *einen* wahren Volkswillen geht, dann gibt es nichts zu verhandeln oder auch nur zu diskutieren.« (Müller 2013, 65; Hervorh. i. Orig.) Weil der Rechtspopulist aber den Volkswillen kennt, bewegt er sich in einem fundamentalen Widerspruch. Einerseits bezieht er sich strategisch auf die Rahmenbedingungen der repräsentativen Demokratie und versucht diese zu nutzen, plädiert zwar auch für mehr direkte Demokratie, negiert aber mit der Berufung auf Volk und Vaterland den im Kern pluralistischen Charakter der

demokratischen Institutionen und der bürgerlichen Zivilgesellschaft. Dieser Widerspruch öffnet das Tor für die Fundamentalopposition der extremen Rechten.

Radikaler Reformismus als Alternative?

Ideologisch ist der Neoliberalismus, die heute dominierende Form der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, sicherlich in Bedrängnis geraten, die herrschende Doktrin ist er aber immer noch. Die »Alternativlosigkeit« von Hartz IV, Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit, steigenden Mieten und Energiekosten einerseits und Gewinnorientierung, Bankenrettung und nationaler Standortfixierung im Wettbewerb zu anderen Staaten andererseits wird weiterhin verkündet und umgesetzt, wenngleich die Hegemonie dieser herrschenden Doktrin Risse zeigt. Autoritäre Transformationen der Politik auf nationaler und europäischer Ebene werden sichtbar. Dies ist auch eine Konsequenz daraus, dass die Konkurrenz der Staaten in Europa und in der Welt untereinander ungebrochen weitergeht und so die nächste Krise schon vorprogrammiert ist. Zu fragen ist: Was bedeutet dies für eine kritische Gesellschaftstheorie bzw. wie bezieht sie sich auf die Krisen? Welche Konsequenzen ergeben sich für emanzipatorische Bewegungen und wie kann man sie bei all ihrer Unterschiedlichkeit verbinden und bündeln?

Das Diffuse mancher sozialer Bewegungen zwingt zu grundsätzlichen Überlegungen, in welche Richtung sich Widerstandspotentiale entwickeln könnten bzw. sollten. Es geht um die Frage: Wie kann eine solidarische, demokratische und ökologische Gesellschaft entstehen? *Colin Crouch* beispielsweise will die repräsentative Demokratie nicht abschreiben, sondern sieht soziale Bewegungen als Korrektiv. Deren Aufgabe sei es, Themen, die von oben ignoriert oder vernachlässigt würden, kampagnenmäßig aufzugreifen und in die Parteien reinzutragen, um darüber zu einer Veränderung herrschender Politik beizutragen.

Alex Demirović (2013, 29f.) lehnt eine solche klassisch reformistische Strategie ab. Er plädiert für eine »Demokratisierung der Demokratie«. Demokratisierung, so Demirović, »ist in der Breite der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig und meint nicht nur eine unverbindliche Partizipation, sondern die Einrichtung von Verfahren, in denen tatsächlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Zuerst in der Wirtschaft selbst, da von dorthier die autoritären Dynamiken rühren. Aber auch in den Schulen und Hochschulen, in den staatlichen Planungsprozessen und der Verwaltung.«

Joachim Hirsch (2007)³ sieht folgendes Problem: »Eine auf Emanzipation abzielende Politik kann sich nur aus der bestehenden Gesellschaft und ihren Wider-

3 Hier zitiert nach: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ABC/ABC_der_Alternativen_Radikaler_Reformismus_Hirsch.pdf (Abruf: 20.10.2013).

sprüchen heraus entwickeln und bleibt deren Strukturen, Handlungsorientierungen und Subjektpprägungen verhaftet. « Soziale Bewegungen müssten daher »neue gesellschaftliche Orientierungen und Praktiken durchsetzen und kollektive Erfahrungs-, Aufklärungs- und Lernprozesse in Gang setzen«, diese immer wieder aufs Neue reflektieren und weitertreiben. Mit Poulantzas spricht er von einem »radikalen Reformismus«: Reformismus deshalb, weil es nicht um revolutionäre Machtergreifung geht, und radikal deshalb, weil auf die gesellschaftlichen Beziehungen (Arbeits-, Geschlechter-, Naturverhältnisse) gezielt wird, die »die dominanten Macht- und Herrschaftsverhältnisse hervorbringen.« Das schließe nicht aus, dass es auch darum geht, auf staatlicher Ebene »erkämpfte soziale Rechte und Kompromisse verbindlich« festzuschreiben.

Zu den Beiträgen⁴

I.

Im *ersten* Teil des vorliegenden Buches geht es um grundlegende Fragen, die das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus betreffen. Sie berühren zudem die krisenhaften Prozesse, die dazu geführt haben, dass dieses Verhältnis in seiner ganzen Bedenklichkeit einer größeren Öffentlichkeit in den letzten Jahren bewusst geworden ist.

Wolfgang Kastrop setzt sich in seinem Beitrag damit auseinander, wie Kapitalismus und Demokratie zueinander stehen. Dabei wird untersucht, weshalb der Leitbegriff »Demokratie«, trotz erheblicher Deutungskämpfe, im Unterschied zum Begriff »Kapitalismus«, eindeutig positiv besetzt ist. Eine Demokratie, die als politische Herrschaftsform des bürgerlichen Staates mit den Strukturprinzipien einer kapitalistischen Ordnung bestens zusammenpasst. Allerdings wird deutlich gemacht, dass dieses Verhältnis kein notwendiges ist, da Kapitalismus auch mit anderen politischen Formen verbunden werden kann. Die Rolle der Hegemonie soll zeigen, weshalb trotz aller Zumutungen bürgerlicher Herrschaft ein klassenübergreifender Konsens besteht, der allerdings in Ausnahmefällen auch zugunsten eines staatlichen Zwangs aufgegeben werden kann. Auch die vielfältigen weltweiten Proteste von sozialen Bewegungen gegen die neoliberale Austeritätspolitik ändern bisher daran prinzipiell wenig. Ebenso untersucht wird die Rolle freier Wahlen, die im Selbstverständnis bürgerlicher Demokratien einen wesentlichen Aspekt darstellt und auch im Forderungskatalog gegenüber anderen staatlichen Ordnungen eine zentrale Be-

⁴ Die Beiträge zu diesem Buch entspringen zum großen Teil Vorträgen, die auf dem alljährlich stattfindenden Colloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) im November 2013 gehalten wurden.

deutung einnimmt. Es wird betont, dass Demokratie und Kapitalismus nicht überall gleich sind, sodass nationale, historische, politische, wirtschaftliche und soziale Besonderheiten gesehen werden müssen. Auch die Forderung nach »mehr Demokratie«, gerade angesichts der gravierenden Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der sozialpolitischen Zumutungen, zeigt ein spezifisches Staatsverständnis, weitgehend losgelöst von kapitalistischen Strukturprinzipien. Kollektive Selbstbestimmung als emanzipatorischer Kern der Demokratie, die nicht an die politische Institution des Staates gebunden ist und sich in der radikalen Form der Demokratie Ausdruck verleiht, bleibt die Aufgabe der Linken. Mit dieser Transformation sind alle Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen gemeint.

Alex Demirović geht in seinem Beitrag⁵ davon aus, dass die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise »die Demokratie weiter geschwächt und zu einer Krise der Demokratie geführt« habe. Er nähert sich dieser negativen Entwicklung vermittelt einer »Analyse der Diskurse über Demokratie«, in denen »demokratische Krisenprozesse« thematisiert und bearbeitet werden. Dies geschieht, indem er drei Diskursebenen näher untersucht. Die erste Ebene betrifft vornehmlich die »Diagnose einer Krise der Demokratie« selbst – im Kontext der durch die von den Finanzmarktakteuren ausgelösten Pressionen; die zweite Ebene besteht in dem Diskurs über die »Defizite« der demokratischen Institutionen und deren »Scheitern in den uns bekannten Formen«; die dritte Ebene schließlich umfasst demokratietheoretische Diskurse zum Verständnis von Demokratie: Aus der Krise, so Demirović, erwachse »ein neues Demokratieverständnis, das auch die radikale Demokratietheorie selbst noch radikalisiert [...]«. Nicht bloß »Verwirklichung und Ausdehnung« von Demokratie werde von sozialen Bewegungen gefordert, sondern eine »neue Entwicklungsstufe«.

Jürgen Link wendet sich den Krisenprozessen seit 2007 aus der Sicht der von ihm seit den 1990er Jahren entwickelten Normalismustheorie. Nach einem kurzen Blick auf die Regulationstheorien entwickelt er im ersten, theoretisch gehaltenen Teil jene Grundstrukturen des Normalismus, die ihn als Regulationsweise kapitalistischer ökonomischer Dynamiken tauglich machen. »Als Normalismus lässt sich die Produktion und Reproduktion von Normalitäten als gemittelter Massenverteilungen auf der Basis eines Regimes intensiver statistischer Verdichtung definieren. Es handelt sich also [...] um eine spezifische, auf die Schaffung starker ›Mitten‹ zielende, Re-

⁵ Dieser Beitrag wurde zuerst in der Zeitschrift *Prokla* veröffentlicht (171/2013, 193-215). Der Autor bezog sich in seinem Vortrag auf dem Colloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung 2013 auf diesen Artikel. Die Herausgeber kamen mit dem Autor überein, den *Prokla*-Artikel anstelle des Vortrags in dieses Buch zu übernehmen. (W.K./H.K.)

gulationsweise von Ökonomie, Sozialem, Politik und Kultur.« Der Normalismus fungiere dabei als Kopplungsdispositiv zwischen verschiedenen Praktiken-Diskursen (Ökonomie, Soziales, Politik, Militär, Kultur usw.). Dieses Kopplungsverfahren wird von Link als theoretische Alternative zu monoton ökonomistischen »Ableitungen« anderer Praktiken-Diskurse aus der Ökonomie beschrieben.

Im zweiten Teil wird dieses Konzept dann am Fall der aktuellen Krise von 2007ff. konkretisiert. Diese Krise erweise sich als dynamischer Prozess von Denormalisierungen und Normalisierungsversuchen (also Regulationsversuchen mithilfe normalistischer Dispositive). Am Beispiel etwa der von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen südeuropäischen Länder, speziell Griechenlands, zeigt Link, dass die dort unter dem Diktat Brüssels bzw. der Troika etablierten »Notstandsregierungen« (euphemistisch: »Technokratenregierungen«) zwar eine »politische Denormalisierung« (im Vergleich zu »normalen« Regierungsbildungsprozessen rund um das »Wechselspiel zwischen linker und rechter Mitte«) darstellten; gleichzeitig bedeuteten sie den »Versuch quasi-diktatorischer Normalisierung« mit absoluter Prioritätssetzung auf ein »Datenmanagement im Rahmen der internationalen Finanzmärkte«, unter Ausrichtung auf »Kennziffern wie Haushaltsdefizit, Staatsschulden, Zinsen der Staatsschulden usw.« Resistenzbewegungen hätten sich insgesamt für die hegemonialen Kräfte als relativ »verkräftbar« erwiesen, insbesondere eine Bürgerkriegs-Atmosphäre (im Vergleich zu den 1930er Jahren) sei im Großen und Ganzen nicht entstanden. Link wertet dies, auf seine Kritik an ökonomistischen »Ableitungen« zurückgreifend, als Beleg für die »plurale Autonomie der verschiedenen Praktiken-Diskurse« und auf die »Stabilität der normalistischen Kopplungs-Dispositive selber«. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Wirksamkeit normalistischer Medien, macht allerdings auch deren Grenzen deutlich.

Als weiteres Beispiel für die »Praktiken-Diskurs-Kopplung mittels normalistischer Dispositive« behandelt Link den NSA-Komplex, den er Foucault folgend als Installation eines »totalen Panoptikums« begreift. Abschließend thematisiert er die Auswirkungen der durch den Neoliberalismus »entfesselten Individualkonkurrenz« auf die normalistischen Subjekte – unter den Bedingungen einer »gesamtgemeinschaftlichen Denormalisierungskrise«, und sieht hier einerseits die Gefahr von Pathologisierungen, andererseits von protonormalistischen Kollektivbildungen, die von starren Grenzen und normativen Binärkonstruktionen gekennzeichnet sind (Nationalismus, Rassismus und Konfessionalismus).

II.

Im *zweiten* Teil des Buches werden kritisch verschiedene Ansätze vorgestellt, die zu einer Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft beitragen könnten. Teilweise thematisieren sie bereichsspezifische Problematiken (z.B. Hochschulbe-

reich), teilweise sind sie in ihrer strategischen Reichweite doch recht begrenzt bzw. können in das neoliberale Hegemonieprojekt integriert bzw. reintegriert werden (z.B. bestimmte Politiken der Vielfalt). Der letzte Beitrag wendet sich der selbsternannten Alternative von rechts, der AfD, zu, deren Demokratiekritik nicht auf mehr Demokratie, sondern auf einen autoritären Staat zielt.

Martin Beckmann untersucht in seinem Beitrag das Konzept der Wirtschaftsdemokratie als Alternative zum Finanzmarktkapitalismus. Die Idee einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsform, lange Zeit aus dem Fokus der deutschen Gewerkschaften verschwunden, feiert seit der globalen Finanzkrise nicht nur in der kritischen Gesellschaftstheorie, sondern auch bei ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) eine gewisse Renaissance. Diese globale Finanzkrise ist für Beckmann nicht nur eine ökonomische Krise, sondern auch eine Krise der Demokratie, die sich in mehreren Facetten zeigt. Der Glaube an die Versprechungen des neoliberalen Projekts wurde erschüttert. Dazu eine Alternative gesellschaftlich zu verankern fällt aber auch deshalb schwer, weil es jenseits von Einzelforderungen an einem übergreifenden Konzept fehlt, das den Finanzmarktkapitalismus als Ganzes in Frage stellt. Ein solches Projekt wäre, laut Beckmann, die grundlegende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, einschließlich der Wirtschaft. Es ist als Reaktion darauf zu verstehen, dass die neoliberale Deregulierung ein System hervorgebracht hat, in dem mächtige Finanzmarktakteure sich den traditionellen gewerkschaftlichen Mitbestimmungsstrukturen weitgehend entzogen haben. Es wird deutlich, dass die aktuelle Diskussion über Wirtschaftsdemokratie über die in der Vergangenheit betriebene Fokussierung auf repräsentative Demokratie, auf männlich dominierte Erwerbsarbeit und auf die nationalstaatliche Ebene hinausgehen muss. Die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse, Ansprüche auf unmittelbarer Beteiligung und die europäische Dimension müssen integriert werden. Vorschläge zu einer Demokratie im privaten wie öffentlichem Eigentum, die der Autor skizziert, können aber nur erfolgreich sein, wenn auf makroökonomischer und -politischer Ebene grundlegende Rahmensetzungen stattfinden, die nicht nur den Bankensektor betreffen, sondern auch die Steuerpolitik und die Demokratisierung der EU-Institutionen.

Peter Mörtenböck analysiert in seinem Beitrag demokratiepolitische Potentiale sozialer Bewegungen am Beispiel der Occupy-Bewegung. Inmitten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat die rasante Verbreitung sozialer Medien zu einer neuen Ausgangslage für zivilen Protest im Stadtraum geführt: Mithilfe digitaler Netzwerktechnologien ist ein politisches Instrumentarium entstanden, das ohne institutionelles Zutun Menschenmassen mobilisieren und Krisenräume rund um die Welt miteinander in Verbindung setzen kann. In den aktuellen Protestbewegun-

gen in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in den Protesten der westlichen Welt, so etwa in der 2011 entstandenen Occupy-Bewegung, haben sich neue Öffentlichkeiten rund um solche digitalen Netzwerke gebildet. Entscheidend für die weltweite Einflussnahme dieser dynamischen Strukturen waren aber weniger die neu entstandenen Kommunikationsformen selbst, als die von vielen Tausenden Menschen besetzten Plätze im Zentrum von Metropolen wie Kairo, Madrid, London oder New York. Die physische Besetzung von Stadtraum scheint in mancher Hinsicht also ihre Rolle im Geltendmachen politischer Forderungen wiedergefunden zu haben. Mörtenböck illustriert dies mit einigen Bildern. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass es hier nicht einfach nur um die Widerstandskraft von städtischer Öffentlichkeit und auch nicht nur um die Teilhabe von zunehmend marginalisierten Gruppen an politischen oder ökonomischen Prozessen geht. Was vielmehr auf dem Spiel steht, so der Autor, ist der Umbau von Stadt zur Investitionsarchitektur des globalen Finanzkapitals. Die Platzbesetzungen der vergangenen Jahre haben diesen Umbau verstärkt ins Blickfeld gerückt, indem sie allorts bemüht waren gegenzusteuern und städtische Räume mit neuen Ideen zu füllen. Im Spagat zwischen dem Nutzbarmachen digitaler Kommunikationsformen und dem experimentellen Schaffen neuer Lebensräume vor Ort wurde aber übersehen, dass sich die repräsentative Dimension des Raums, den es zu reklamieren gibt, immer mehr aufzulösen beginnt. Denn als stärkstes Mittel im Kampf um die gesellschaftliche Ordnung dient der kapitalisierten Stadt die stetige Entziehbarkeit ihrer ›Werte‹.

Torsten Bultmann untersucht in seinem Beitrag die Gründe für das Entstehen der ›Unternehmerischen Hochschule‹, analysiert ihr Scheitern und vermittelt Perspektiven über diese hinaus. In den letzten Jahren wurden die meisten Hochschulgesetze nach dem aus dem angelsächsischen Wissenschaftsraum importierten Leitbild der ›unternehmerischen Hochschule‹ umgebaut. Deren Eckpfeiler: extern (durch ›Hochschulräte‹) legitimierte starke Leitungen mit ›managerialistischen‹ Top-down-Direktionsrechten als Kehrseite einer Reduktion der traditionellen akademischen Selbstverwaltung auf reine Beratungsfunktionen. Selbst die »halbierte Demokratie« (Wolf-Dieter Narr) der Gruppenuniversität wurde so beseitigt. Im Kern handelt es sich bei der ›unternehmerischen Hochschule‹ um ein betriebswirtschaftlich operieren sollendes Wettbewerbsmodell. Bultmann untersucht dabei die Verteilungspolitik und geht auf die Exzellenzinitiative und die »Eliteuniversitäten« ein. Er konstatiert, dass mittlerweile – häufig noch hinter vorgehaltener Hand – allenthalben das Scheitern dieses Leitbildes eingestanden und in einigen Hochschulgesetzentwürfen der Rückwärtsgang eingelegt wird. Der Autor bezieht sich dabei auf Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die Gründe dieses Scheiterns sind weniger auf einen politisch zielklaren Widerstand zurückzuführen

als vielmehr auf die Tatsache, dass es sich um ein für wissenschaftliche Innovation – selbst im Sinne eines konventionellen Wissenschaftsverständnisses – inadäquates Konstrukt mit negativen volkswirtschaftlichen Konsequenzen für einen wissenschaftsbasierten High-Tech-Kapitalismus handelt. Am Ende seines Beitrags geht Bultmann darauf ein, inwieweit sich aus diesen Selbstwidersprüchen der >unternehmerischen Hochschule< auch eine progressive Reformperspektive ergeben könnte.

Katrin Reimer untersucht in ihrem Beitrag Politiken der Vielfalt, wie sie durch Diversity-Strategien, Anti-Diskriminierungs-Maßnahmen und Intersektionalitätstheorien intendiert werden. Ihr Anliegen ist nicht, diese Konzepte generell in Frage zu stellen, sondern sie auf ihre Grenzen und Reduktionen zu hinterfragen. Zu diesem Zweck rekonstruiert sie zunächst, mit Blick auf die deutschen Verhältnisse, die »Rezeption und Verbreitung von Diversity-Strategien«, die bekanntlich ursprünglich US-amerikanischen Management-Diskursen entstammten, und zeigt deren Diffusion in die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche auf, in deren Verlauf (vor allem seit der rot-grünen Koalition) »Diversity« zu einem »nicht mehr wegzudenkenden, aber schillernden Begleiter von Politiken der Vielfalt« geworden sei. Der Niederschlag dieser Ausbreitung in Form etwa des *Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes* (2006) oder der von Großkonzernen lancierten *Charta der Vielfalt* (2007) macht deutlich, dass für sich genommen sinnvolle Maßnahmen in ein kapitalistisches Verwertungsinteresse eingebaut werden (»Wertschöpfung durch Wertschätzung«) und damit »Klasse als diskriminierungsrelevantes Kriterium« ausgeblendet werde. »Diversity-Strategien und Antidiskriminierungspolitiken, die sich in diesen Bahnen bewegen, verlieren sowohl die Ebene (der Kritik) der kapitalistischen Produktionsweise als auch die Dimension (der Kritik) von Klassenverhältnissen aus dem Blick.«

Im Unterschied dazu sieht sie in an Intersektionalitätstheorien orientierten Antidiskriminierungsstrategien insofern einen Erkenntnisgewinn, als hier Zugehörigkeiten zu benachteiligten Gruppen »nicht als bloße Unterschiede, sondern als machtsvermittelte Differenzen« verstanden würden, von denen man sich zwar als einzelner emanzipieren könne (ganz im Sinne der liberalen Leistungsideologie), die damit aber, strukturell bedingt, weiter bestehen blieben.

In der kritischen Nachfrage an diese Theorien, nämlich dahingehend, wie Machtverhältnisse zu begreifen seien, greift Katrin Reimer auf Stuart Hall und Antonio Gramsci zurück. Politiken der Vielfalt, ebenso wie rassistische, rechtsextreme und rechtspopulistische Phänomene seien »eingebettet in konkrete Kämpfe um Hegemonie in historisch spezifischen Perioden und Krisen der kapitalistische Produktionsweise«, d.h. historisch konkret »in Hegemoniekonjunkturen und -krisen des neoliberalen Projekts. Damit betont sie die Vertikalität von Machtverhältnissen, »in der eine subalterne Vielheit einer Assoziation von herrschenden Kräften gegenüber steht. Diese werden in dem Maße hegemonial, wie es ihnen gelingt, über par-

tikulare korporativ-ökonomische Interessen hinaus auch auf Feldern der Moral, der Politik etc. Zustimmung in Teilen der subalternen Gruppen zu gewinnen. « Durch eine kurze Nachzeichnung des neoliberalen Projekts seit den 1980er Jahren gelingt es ihr aufzuzeigen, wie sich Strategien der Zustimmungsgewinnung und Bündnis-konstellationen verändert haben und wie der »progressive« Neoliberalismus der rot-grünen Koalition, mit seiner Öffnung zu Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstrategien, in die Krise geraten ist (Reichtumsumverteilung, Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen usw.). Sloterdijk, Sarrazin und die AfD stünden nunmehr für einen aufkommenden »rechtspopulistischen Neoliberalismus«.

Reimers Kernthese, die sie im abschließenden Teil am gesellschaftlichen Praxisfeld der Bildung erläutert, lautet vor dem Hintergrund dieses Wandels: »[...] das wesentliche Dilemma von Diversity- und Antidiskriminierungsstrategien samt mancher intersektionalen Erweiterungen [liegt] aus meiner Sicht darin, dass sie eine Variante der herrschenden Ordnung, die sie mit hervorgebracht haben, gegen eine andere verteidigen wollen, ohne deren innere Zusammenhänge zu beachten. Politiken der Vielfalt müssten sich demgegenüber der Herausforderung stellen, das Ringen um Gleichheit und Differenz jenseits der neoliberalen Logik mit mehr Demokratie zu verbinden.«

Im abschließenden Beitrag knüpft *Helmut Kellershohn* an die Ausführungen Reimers zum »neoliberalen Rechtspopulismus« an, ohne sich allerdings mit Bezug auf die AfD auf den Begriff Rechtspopulismus festzulegen. Es geht ihm auch weniger um eine Gesamtbeurteilung der AfD, als vielmehr um die programmatischen und metapolitischen Vorarbeiten der jungkonservativen Neuen Rechten (*Junge Freiheit*, *Institut für Staatspolitik* mit der Zeitschrift *Sezession*, *Verlag Antaios*) für ein derartiges Projekt. Zudem hat insbesondere die *Junge Freiheit* jahrelang Netzwerkarbeit betrieben, d.h. Akteure und Repräsentanten von gesellschaftlichen Gruppierungen und Strömungen zu Wort kommen lassen, die nunmehr in der AfD ihr Sprachrohr gefunden haben. Es geht also um diese »Akteurkonstellationen« und die mit ihnen verbundenen ideologischen Verdichtungen, die in dem vorliegenden Beitrag untersucht werden und auf ihre Bezüge zur AfD befragt werden, wobei speziell die sächsische AfD mit ihrem jüngsten Wahlprogramm ins Auge gefasst werden. Bezeichnenderweise versteht sich die sächsische AfD als »Konservative Volkspartei«, womit sie nicht nur das Etikett »konservativ« offensiv besetzt, sondern auch, historisch gesehen, an die von 1930-32 im Reichstag vertretene Partei gleichen Namens anknüpft. Diese repräsentierte im weitesten Sinne eine Teilströmung des Weimarer Jungkonservatismus, der wiederum als Ideenspender der heutigen jungkonservativen Neuen Rechten zu betrachten ist.

Kellershohn arbeitet in seinem Beitrag vier Komponenten einer Verbindung zwischen den heutigen Jungkonservativen und der AfD heraus: Nationalliberalis-

mus (oder in anderer Terminologie: eine national-neoliberale Orientierung), christlicher Konservatismus, völkischer Nationalismus und eine Demokratiekritik, die auf einen Staatsumbau im Sinne eines autoritären Staates zielt. Speziell diese letzte Komponente weist, formal gesehen, in der Beschreibung aktueller Prozesse der Entdemokratisierung durchaus Bezüge zu linken Ansätzen der Demokratiekritik auf. Sie intendiert aber genau das Gegenteil: nicht die Rücknahme staatlicher Kompetenzen in die Verfügungsgewalt und Selbstregierung der Bürger, sondern die Stärkung etatistischer Strukturen (z.B. in Form eines plebiszitären Präsidialsystems).

Literatur

- Butterwegge, Christoph 2011: Was ist »Rechtspopulismus«, in: Rechtspopulismus in Berlin, hrsg. vom Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«, Berlin, 8-10.
- Demirović, Alex 2011: Ökonomische Krise-Krise der Politik? In: Demirović, Alex/Düick, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, 63-78.
- Demirović, Alex 2013: [Antwort auf eine Umfrage: Zukunft der Demokratie], in: Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie 57/2013, 29-33.
- Dörre, Klaus 2009: Kapitalismus, Beschleunigung, Aktivierung – eine Kritik, in: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main.
- Geden, Oliver 2007: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien (SWP-Studie), Berlin.
- Heim, Tino 2013: Metamorphosen des Kapitals. Kapitalistische Vergesellschaftung und Perspektiven einer kritischen Sozialwissenschaft nach Marx, Foucault und Bourdieu, Bielefeld.
- Hirsch, Joachim 2007: Art. »Radikaler Reformismus«, in: Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan (Hg.): ABC der Alternativen, Hamburg.
- Kaufmann, Stephan/Stützle, Ingo 2014: Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre, Berlin.
- Kreiner, Maria 2013: Demokratie als Idee. Eine Einführung, Konstanz/München.
- Krugman, Paul 2014: Thomas Piketty oder die Vermessung der Ungleichheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, 71-81.
- Müller, Jan-Werner 2013: Anläufe zu einer politischen Theorie des Populismus, in: Transit 44/2013, 62-71.
- Piketty, Thomas 2014: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Stützle, Ingo 2013: Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise, Münster.
- Weber, Max 1980: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. rev. Aufl., Studienausgabe, Tübingen.
- Weber, Max 2009: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus [zuerst 1905], Köln.